

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 5

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VERWIRRUNG UM DIE PREISÜBERWACHUNG

Mit treuherziger Miene hat Leo Schürmann nach seiner Wahl zum neuen SRG-Generaldirektor zu verstehen gegeben, dass er in seiner eindrücklichen politischen Laufbahn nicht wenig vom Popularitätsschub profitiert habe, der ihm in seiner Eigenschaft als *Preisüberwacher* «zugewachsen» sei. Diese Bemerkung dürfte zutreffend sein, obwohl natürlich schwer auszumachen ist, wie der Popularitätskoeffizient des *Politikers* Schürmann ohne dieses Zwischenspiel aussehen würde. Leo Schürmann ist letztlich auch dann, wenn er Spezialaufgaben mit einem ausgesprochen technologischen Einschlag übernommen hat, stets ein politisch denkender Kopf geblieben, ein auf Ausgleich bedachtes, polyvalent einsetzbares Talent, ein Mann, der durch seine offene Art auch dann zu gewinnen versteht, wenn es gilt, schwierige Probleme zu lösen. Von *anderem* Zuschnitt war sein Nachfolger: eher zurückhaltend, analytisch, politisch ebenfalls in hohem Masse versiert. Auch er wandelte trotz einer andern Taktik ebenfalls ziemlich rasch in der aufgehenden Sonne einer immer heller werdenden Popularität. Es muss mithin nicht nur an der Person des Preisüberwachers, sondern offenbar auch am *Amte* selbst liegen. Konsumenten sind an tiefen Preisen interessiert. Und wer ihnen bei der Realisierung dieser Priorität tatsächlich oder auch nur vermeintlich hilft, kann auf Beifall hoffen.

Wen wundert's, dass andere, ange-

stachelt durch diese leuchtenden Beispiele, auch versuchen, auf diesen Zug aufzuspringen? Im Eidgenössischen Parlament stehen denn auch *verschiedene Vorstösse* zur Behandlung an. Und wer sich weiter die Mühe nimmt, in die Kulissengespräche hineinzuhorchen, der kann bald einmal erfahren, dass ein neuer Preisüberwacher «nicht mehr zu verhindern» sei, obwohl der entscheidende Kampf um Preisstabilität an einer andern wirtschaftspolitischen Front ausgetragen wird, obwohl es sich um Symptomtherapie handelt.

Momentan wird die Frage einer erweiterten Preisüberwachung noch an einem andern Orte diskutiert, nämlich im Rahmen der Revision des *Kartellgesetzes*. Die Wettbewerbspolitik kann nämlich auch einen betont preispolitischen Akzent annehmen. Wäre es deshalb nicht naheliegend – und von der wirtschaftspolitischen Systematik aus betrachtet erst noch richtig –, wenn die erweiterte Preisüberwachungskompetenz im neuen Kartellgesetz verankert würde? Wenn es jedoch stimmen sollte, dass die Expertenkommission, die nun den Gesetzesentwurf im Lichte der Vernehmlassungsergebnisse zu überarbeiten hat, die Preisüberwachung als Revisionspostulat bereits abgeschrieben hat, so müsste dies einer Kapitulation vor der populären Variante gleichkommen. Die Schweiz hätte dann glücklich *zwei* Wettbewerbsbehörden, eine mit einem limitierten Preisüberwachungsauftrag, die den populären Part im Orchester

spielt, und eine zweite, die Kartellkommission, die im politischen Schatten wandelt und eine notwendige, aber doch eher undankbare Aufgabe zu erfüllen hat. Mit einiger Sicherheit wäre zudem zu vermuten, dass die

Wettbewerbsmelodie dann mehr Dissonanzen denn harmonische Klänge aufweisen würde. Der Weisheit letzter Schluss wäre ein solches Vorgehen jedenfalls nicht.

Willy Linder

NEUTRALITÄTSPOLITIK UND OLYMPIADE-BOYKOTT

Zwar hat Henry Kissinger sicherlich recht, wenn er die Afghanistan-Krise als heilsame Kur für die westliche Welt bezeichnet – dazu angetan, mit unwirklichen Entspannungssillusionen aufzuräumen und Regierungen wie Völker auf den Boden der weltpolitischen Wirklichkeit zurückzuführen. Doch dieser Vorgang ist gleichzeitig verbunden mit der schmerzlichen Erfahrung, dass sich die freie Welt ausserordentlich schwer tut, als Einheit in der Vielheit handlungsfähig zu bleiben. Das ist auch im Zusammenhang mit den Krisen im Nahen und Mittleren Osten nur allzu deutlich geworden und hängt nicht allein von der chronisch gewordenen Führungsschwäche der Vereinigten Staaten von Amerika ab. Immerhin scheint sich nun zumindest in bezug auf das Postulat Carters, die Olympiade in Moskau zu boykottieren, so etwas wie ein Trend zur Solidarisierung abzuzeichnen. Jedenfalls hat der Entscheid des Olympischen Komitees der USA, dem Wunsch des Präsidenten auf Boykott zu folgen, die zuvor bereits fast versickerte sportliche Protestbewegung weltweit wieder aufleben lassen.

In unserem Lande vor allem, wo die Exponenten des olympischen Sports zuvor mehrheitlich versucht hatten, Sport und Politik getrennt zu halten und auch die Meinung vertraten, es

sei nicht an der neutralen Schweiz, zum Bannerträger der Boykottbewegung zu werden, zeichnet sich jetzt – Mitte April – eine Tendenzwende ab. Die Reiter sind mit ihrer Absage vorgegangen, nachhaltig unterstützt von den grossen Parteien des Bürgertums und weiteren Organisationen des öffentlichen Lebens. Damit wiederholt sich ein Vorgang, der schon anlässlich früherer Exzesse der totalitären Sowjetmacht zutage trat: Das Schweizervolk, das den Regierungsauftrag zu einer steten Neutralitätspolitik der grundsätzlich universalen Beziehungen stets aufs neue von rechts bis links rückhaltlos unterstützt und bestätigt hat, demonstriert einmal mehr, dass diese Maxime nicht zugleich «Gesinnungsneutralität» bedeuten kann.

Bundespräsident Chevallaz hat kürzlich sehr plastisch davon gesprochen, dass die Landesregierung selbst mit einem vom Teufel persönlich regierten Staatswesen diplomatische Beziehungen aufzunehmen versuchte. Doch dies würde «ausseramtlich» niemanden binden, weder moralisch, noch politisch oder geschäftlich. Es würde übrigens anderseits auch die Regierung nicht davon entbinden, sich im Falle offensichtlicher Verstösse eines solchen Staats gegen Menschenrechte im Innern oder gegen die wohl-

verstandenen Interessen von Drittstaaten mit Entschiedenheit kritisch zu äussern.

Trotz dieser sowohl staatsrechtlich wie politisch klaren Situation kommt in Lagen wie der heutigen aber immer wieder eine Art Malaise auf. Instinktiv erwartet die Öffentlichkeit vom Bundeshaus nicht nur deutliche Worte zum jeweiligen Sachverhalt, sondern auch konkrete Verhaltensanweisungen. Gerade dies aber kann die Landesregierung zwingend nicht leisten. Olympiaboykott wie Osthandelsstopp oder Abbruch kultureller Kontakte sind Sache der jeweiligen organisatorischen Trägerschaften. Und das ist nicht der Staat; das sind die Sportverbände, die Firmen der Privatwirtschaft, künstlerische Unternehmen, begleitet von der mehr oder minder engagierten öffentlichen Meinung.

Damit aber besteht auch keine Gewähr, dass in Situationen wie der heutigen nach einheitlichen Kriterien – die auch objektiv schwer zu formulieren wären – operiert werden kann. Der Fall der Sportler, die der Olympiade unter grossem jahrelangem Aufwand als dem oft einmaligen, nicht wiederkehrenden Karrierehöhepunkt zustrebten, liegt von vorneherein anders als etwa jener eines Orchesters, das im Augenblick spontan auf eine Ostreise verzichtet, die allenfalls später ohne Aufsehen nachgeholt werden kann. Die wirtschaftlichen Kontakte wiederum, die für den gesamten Ostblock übrigens lediglich 4 Prozent unserer Exporte ausmachen, während 4,5 Prozent unserer Importe – grösstenteils in Form von Erdölprodukten – aus dem Comecon-Bereich stammen, sind fast ausschliesslich in langfristige Verträge eingebunden, die nicht ohne

weiteres gestoppt und allenfalls später wieder reaktiviert werden können.

Dass sich die Sportler unter diesen Umständen als «Prügelknaben der Nation» vorkommen, ist menschlich nur zu verständlich. Sie drohen zum Opfer einer Konstellation zu werden, an deren Anfang der vor sechs Jahren, in der höchsten Scheinblüte der «Entspannung» gefällte Entscheid der Sportpolitiker stand, die Olympiade in die Hauptstadt einer totalitären Macht zu vergeben – Opfer einer momentanen Konstellation aber auch, die diesen Grossanlass mit seiner Riesenspublizität zu einer völlig unolympischen Manipuliermasse mit gewaltigem weltpolitischem Symbolgehalt pervertiert.

Aus diesem Dilemma heraus einen gradlinigen Ausweg ohne Schaden für die unmittelbar Betroffenen zu finden, ist wohl ein Ding der Unmöglichkeit. Ein Boykott trägt sicherlich nicht zur Stärkung der ohnehin gefährdeten olympischen Idee im Sinne echter Weltspiele bei. Doch eine sportliche Präsenz in Moskau auf dem Hintergrund der Dissidentenprozesse und des blutigen Sowjet-Terrors in Afghanistan ist eine Alternative, die im wahrsten Sinne des Wortes schauerlich ist. Dabei ist allerdings gleichzeitig die Erinnerung an 1956 präsent, als die Schweizer Sportler mit ihrer Absenz wegen Ungarn letzten Endes fast allein blieben und sich hinterher zu Recht geprellt vorkamen. Nicht ohne Gewicht dürfte daher bei der kommenden Entscheidung des Olympischen Komitees die Frage sein, wie tragfähig die Solidarität der freien Nationen in diesem Falle erscheint.

Richard Reich